

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

4. Sitzung
am Mittwoch, dem 7. August 1996, 10.00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

T a g e s o r d n u n g :

Seite

1.	Verkehrskonzept Westküste	4
	Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/63	
2.	Sechsstreifiger Ausbau der A 7 Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/64	8
3.	Raumordnungsbericht 1996 der Landesregierung Schleswig-Holstein	9
	Bericht der LandesregierungDrucksache 13/3385	
4.	Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)	10
	Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/76	
5.	18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	11
	Drucksache 14/10	
6.	Verschiedenes	11

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verkehrskonzept Westküste

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/63

(überwiesen am 12. Juni 1996)

M Steinbrück erläutert einleitend, daß das Raster, in dem verkehrspolitische Maßnahmen auch für die Westküste stattfinden, im wesentlichen vorliege. Hierzu gehörten das fortgeschriebene "Verkehrspolitische Programm" der Landesregierung, die "Zukunftsperspektive Bahn", die Hafentwicklungskezeption sowie das, was auch an anderer Stelle an Bundesmaßnahmen in entsprechenden Bedarfsplänen festgelegt worden sei; ferner seien die Leitlinien für eine norddeutsche Luftverkehrspolitik, die sich in der Bearbeitung befindenden Regionalen Nahverkehrspläne und der Landesweite Nahverkehrsplan zu nennen. In allen diesen Vorlagen seien Einzelprojekte beziehungsweise in Aussicht genommene Planungen zugunsten der **infrastrukturellen Entwicklung** der Westküste enthalten. Vor diesem Hintergrund halte er, M Steinbrück, ein spezifisches Verkehrskonzept für die Westküste für nicht erforderlich.

Auf die in der folgenden Aussprache von Abg. Maurus aufgeworfenen Fragen erwidert M Steinbrück u. a., daß bei der Frage der qualitativen Verbesserung des **Wagenmaterials** der DB gesehen werden müsse, daß das Land hier jeweils Mitleistungen zu erbringen habe. Finanzielle Mittel, die dafür ausgegeben werden müßten, stünden selbstverständlich an anderer Stelle für die GVFG-Vorhaben im Land nicht mehr zur Verfügung. Die Landesregierung wirke aber trotzdem weiter daraufhin, daß die DB das Wagenmaterial für den ÖPNV in Schleswig-Holstein sukzessive verbessere beziehungsweise gegen modernisiertes Material austausche. Zahlenmäßige Angaben hierzu werde er, M Steinbrück, an den Ausschuß nachliefern.

Bezüglich der **Westküstenbahn** betont M Steinbrück die hierzu schon des öfteren von der Landesregierung zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung. Von einer Einstellung der IC-Verbindungen zwischen Hamburg und Westerland im Jahr 2000 - so eine der Fragen von Abg. Maurus -, sei der Landesregierung nichts bekannt. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke bis Niebüll sei selbstredend wünschenswert, eine Realisierung noch in dieser Legislaturperiode liege aber außerhalb jeder realistischen Einschätzung. Die Frage der Fortführung der Schienenstrecke nach Esbjerg werde Gegenstand eines Gespräches sein, das er, M Steinbrück, Mitte August mit dem dänischen Verkehrsminister führen werde. Die Stellungnahmen, die dazu bisher bekannt seien, seien jedoch nicht gerade ermutigend. Das gleiche gelte bezüglich der Wiederbelebung der Strecke Niebüll - Tondern. Die Lektüre der Zahlen dazu, welcher zusätzliche Personen- und Gütertransport dadurch erschlossen werden könne, sei ernüchternd.

M Steinbrück nimmt sodann zu den von Abg. Maurus erfragten Ortsumgehungen Stellung, die Gegenstand des Bedarfsplanes nach dem Fernstraßenausbaugesetz sind. Hierbei handele es sich um vier **Ortsumgehungsprojekte**, die Bestandteil der Kategorie des vordringlichen Bedarfs seien, nämlich um die Ortsumgehungen Marne, Wöhrden und Tating sowie die Verlegung Hattstedt/Bredstedt. Von diesen Projekten seien die Ortsumgehungen Tating (B 202) und Wöhrden (B 203) im laufenden Fünfjahresplan berücksichtigt. Die übrigen beiden genannten Projekte seien seitens des BMV nicht mit Teilfinanzierungssummen vorgesehen. Dies bedeute unter den auch auf der Bundesebene herrschenden haushaltspolitischen Schwierigkeiten, daß nicht damit zu rechnen sei, daß sich das ändern werde. Sechs andere Ortsumgehungsprojekte in dem hier in Rede stehenden Bereich seien lediglich der Kategorie des weiteren Bedarfs zugeordnet, was bedeute, daß sie bis zum Jahr 2011 nicht finanziert werden könnten. Über die Ortsumgehungsprojekte im **Landesstraßenbau** sagt M Steinbrück eine Aufstellung zu. Zum spezifischen Fall Westerland erklärt M Steinbrück an dieser Stelle nachdrücklich, daß man kein Ortsumgehungsprojekt anpacken werde, über das sich die jeweils beteiligten Kommunen nicht einig seien.

M Steinbrück nimmt sodann zum Abfluß von Bundesmitteln für den Straßenbau Stellung und sagt die Vorlage einer Aufstellung über die in den vergangenen Jahren in Anspruch genommenen Bundesfernstraßenmittel zu.

Abg. Hentschel unterstreicht besonders die Notwendigkeit der Koordinierung der Verkehrspläne auf Kreisebene mit dem Landesverkehrsplan und dabei die Verknüpfung von Bahn- und Busverbindungen. In dem Zusammenhang regt er an, bei Verspätungen der genannten Verkehrsmittel unter Einsatz von Funktelefonen jeweils flexible Abfahrtszeiten zu ermöglichen.

M Steinbrück erwidert, daß der eingeführte integrierte Taktfahrplan gerade zu Verbesserungen bei den Schnittstellen Bus/Bahn führe und daß die Regionalen Nahverkehrspläne selbstverständlich auch mit dem Landesweiten Nahverkehrsplan abgestimmt werden müßten. Des weiteren sei zu betonen, daß die Landesregierung in dieser Legislaturperiode die zweite Stufe ihres landesweiten Verkehrsmodells realisieren wolle, was einen Tarif, einen Fahrschein, einen Fahrplan für das gesamte Land bedeute. Damit wäre dann automatisch die von Abg. Hentschel geforderte "Harmonisierung" verbunden.

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, spricht zur Entlastung des Verkehrs nach Sylt die Möglichkeit der Schaffung einer schnellen Verbindung auf dem Seeweg an - zum Beispiel von Hojer nach Munkmarsch -, die dann insoweit auch eine Konkurrenz zur DB AG darstellen würde.

M Steinbrück schätzt ein solches Vorhaben, das eigenwirtschaftlich betrieben werden müßte, kritisch ein. Er halte es auch im hohen Maße für nicht vertretbar, einen solchen Fährbetrieb mit staatlichen Subventionen - die Vorsitzende hatte angeregt, eine solche Maßnahme eventuell auch aus INTERREG-Mitteln zu finanzieren - auszustatten, wenn man nicht wisse, wie sich die Situation in einigen Jahren darstellen werde.

Auf eine weitere Frage der Vorsitzenden, Abg. Schmitz-Hübsch, erklärt M Steinbrück, daß sein Haus in Richtung Bonn signalisiert habe, daß in Schleswig-Holstein für den Fall, daß der

Bund auch in diesem Jahr wieder im Oktober/November feststelle, daß Bundesfernstraßenmittel in anderen Bundesländern nicht verausgabt worden seien, so daß Schleswig-Holstein mit weiteren Mitteln bedient werden könnte, straßenbauplanerische Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen in Höhe von 10 Millionen DM existierten. Grundsätzlich müsse er, M Steinbrück, aber darauf hinweisen, daß Schleswig-Holstein leider zunehmend die Erfahrung machen müsse - so auf eine Frage von Abg. Kayenburg -, daß Unterlagen absprachegemäß beim BMV vorgelegt würden, dieser aber plötzlich von seinem Finanzierungsbeitrag Abstand nehme. Als Stichwort aus der jüngsten Vergangenheit nennt M Steinbrück den Fall der AKN.

MR Wannek konkretisiert im Nachtrag zu den Ausführungen von M Steinbrück, daß Straßenbauaufträge zu Lasten des Bundes nur dann erteilt werden könnten, wenn die entsprechenden Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung stünden. Nur in diesem Rahmen finde der finanzielle Ausgleich statt. Wenn die Aufträge nicht bereits im Mai vergeben wären, wäre ein weiteres Fließen von Bundesmitteln ab November gar nicht mehr möglich. Insoweit handele es sich bei den erwähnten 10 Millionen DM um Mittel, die schon disponiert seien. Für dieses Jahr sei zu sagen, daß man im Bund-Länder-Vergleich im oberen Drittel liege, was die prozentualen Abforderungen von Bundesfernstraßenmitteln anbelange.

Auf eine Frage von Abg. Hars erwidert M Steinbrück, daß sein Haus über ein Fährvorhaben Brunsbüttel - Cuxhaven informiert sei. Bisher habe der Unternehmer, der diese Verbindung betreiben wolle, jedoch noch keinen Kontakt mit der Landesregierung aufgenommen. Insofern könne er zu der diesen Planungen zugrunde liegenden Kalkulation keine Auskunft geben.

Sodann nimmt die Diskussion über die Situation auf der DB-Strecke Niebüll - Westerland einen breiteren Raum ein. Auf Fragen von Abg. Maurus erwidert M Steinbrück u. a., daß ihm der verantwortliche Vertreter der DB AG den Einsatz von Doppelstockwagen bei einer Mitleistung des Landes in zweistelliger Millionenhöhe angeboten habe. Insofern könne er die von Abg. Maurus zitierte bundesbahnseitige Aussage, auf der Strecke könnten Doppelstockwagen überhaupt nicht eingesetzt werden, nicht verstehen. Darüber hinaus sei grundsätzlich zu sagen, daß er, M Steinbrück, die Situation auf der Strecke auch nach Interventionen durch die Landesregierung gegenüber der DB im Vergleich zu 1995 als jetzt sehr verbessert einschätze. Generell müsse man sich aber auch anlässlich dieser Diskussion die Frage stellen, ob Infrastrukturen immer auf Höchstbelastungen während eines relativ kurzen Zeitraumes ausgelegt sein müßten.

Auf eine weitere Frage von Abg. Kayenburg führt M Steinbrück aus, daß es für alle Vorhaben nach dem Fernstraßenausbaugesetz in der Kategorie des vordringlichen Bedarfs einen gesetzlichen Planungsauftrag gebe. Zum Projekt A 23 gebe es aber keinen internen Planungsauftrag, weil auch im laufenden Fünfjahresplan für den Lückenschluß, bei dem es sich im wesentlichen um ein Brückenbauwerk handele, leider keine Mittel eingesetzt worden seien. Bei der Aufstellung des nächsten Fünfjahresplanes werde sich die Landesregierung dafür einsetzen, daß dieser Lückenschluß, den er, M Steinbrück, für sehr erforderlich halte, mit Finanzmitteln dotiert werde.

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, stellt den Antrag Drucksache 14/63 sodann zur Abstimmung. Mit der Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der

Ausschuß gegen die Stimmen der CDU, dem Landtag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Sechsstreifiger Ausbau der A 7Antrag der Fraktion der CDUDrucksache
14/64(überwiesen am 12. Juni 1996)

Nach einer kurzen Aussprache, die im wesentlichen auf der Grundlage der Ausführungen der Fraktionen im Rahmen der ersten Lesung des Antrages im Landtag geführt wird, sagt M Steinbrück auf eine Bitte der Vorsitzenden, Abg. Schmitz-Hübsch, die Übermittlung einer groben Kostenschätzung für einen sechsstreifigen Ausbau der Autobahnstrecke Hamburg-Nordwest bis Kaltenkirchen und der Strecke Kaltenkirchen - Bordesholmer Dreieck zu.

Eine Statistik über die Stauzeiten auf der A 7 wird das Ministerium auf einen entsprechenden Wunsch von Abg. Kayenburg zur Verfügung stellen. Diese Übersicht wird nach den Worten von M Steinbrück auch die Gründe für registrierte Staus angeben.

Des weiteren sagt M Steinbrück zu - auf eine Anregung von Abg. Plüschau -, anlässlich seines Gesprächs mit dem dänischen Verkehrsminister Mitte August auch die Möglichkeit einer besseren Abstimmung der Ferientermine zwischen Deutschland und Dänemark grundsätzlich anzusprechen und einmal die Möglichkeit eines Wechsels bei den bisher üblichen Sonnabenden für die Belegung der dänischen Ferienhäuser zu erörtern.

Auf eine Bitte von Abg. Rodust wird die Vorsitzende die Forderungen von Verbänden nach einem sechsstreifigen Ausbau der A 7 noch nachweisen.

Der Antrag Drucksache 14/64 wird sodann mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen fünf Stimmen von CDU und F.D.P. dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Raumordnungsbericht 1996 der Landesregierung Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung Drucksache 13/3385 (überwiesen am 12. Juni 1996 an den Umweltausschuß, den Wirtschaftsausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß zur abschließenden Beratung)

Abg. Storjohann spricht u.a. ein kommunales Straßenbauvorhaben in Henstedt-Ulzburg an, bei dem die Landesplanung eine Westtrasse vorgebe, während sich die kommunale Vertretungskörperschaft für eine Ostumgehung ausgesprochen habe und diese auch realisieren wolle, weil im ersteren Fall sonst weitere Wohnungsbaumaßnahmen blockiert würden. - Ang. Püstow sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

Abg. Hars spricht sodann zum Thema "Konversion" den Fall des Bundeswehrdepots Bargum in Nordfriesland an, bei dem es um den Abbau von 115 Arbeitsplätzen gehe. Bei einer Veranstaltung vor Ort habe sie angeregt, hier quasi als Maßnahme zur Konversion Ziel 5 b-Mittel in Anspruch zu nehmen, wenn eine akzeptable Lösung aus der Region angeboten werde. - Die Vertreter des Wirtschaftsministeriums erklären, daß die Angelegenheit zur Zeit geprüft werde. Der Ausschuß soll über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet werden.

Auf eine weitere Frage von Abg. Hars erklärt Ang. Püstow, daß man im Rahmen der Diskussion über das zentralörtliche System von dem Wunsch der Kommunen erfahren habe, weiterhin Nachbarschaftsausschüsse einzurichten. Die Abteilung für Landesplanung glaube, daß zumindest vergleichbare Einrichtungen geschaffen werden müßten, um der Idee der kommunalgrenzenübergreifenden Zusammenarbeit Rechnung zu tragen.

Die Ausschußmitglieder nehmen den Bericht Drucksache 13/3385 zur Kenntnis und erklären damit ihre Beratungen über die Vorlage für abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/76(überwiesen am 13. Juni 1996 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Ohne weitere Aussprache kommen die Ausschußmitglieder einmütig überein, dem federführenden Sozialausschuß zu empfehlen, dem Landtag die unveränderte Annahme der Vorlage Drucksache 14/76 vorzuschlagen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 14/10(überwiesen am 13. Juni 1996 an den Innen- und Rechtsausschuß und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Nach einer kurzen Aussprache über die in den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsausschusses fallenden Textziffern 7 - Neue Medien und Technologien - und 4.6 - Wirtschaft, Technik und Verkehr - nimmt der Ausschuß den Bericht zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Auf Anregung von Abg. Hentschel zur Textziffer 4.6.4 bittet der Ausschuß den Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr einmütig, einmal zu prüfen, inwieweit eine Weisung des Ministeriums an den Landrat zur Gewährung von Akteneinsicht durch den Betroffenen erteilt werden kann.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, regt an, für eine der nächsten Sitzungen den Jahresbericht der Gewerbeaufsicht Schleswig-Holstein 1994 - eventuell in gemeinsamer Sitzung mit dem Sozialausschuß - und den Bericht der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1995 - die Vorlage wird demnächst erwartet - auf die Tagesordnung zu setzen.

Des weiteren bittet die Vorsitzende um eine schriftliche Auskunft über die Kriterien, nach denen von den Landesbauämtern Mittel für den Landesstraßenbau vergeben werden.

Abschließend schlägt die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch vor, im nächsten Jahr die Internationale Tourismusbörse in Berlin und die Industriemesse in Hannover zu besuchen.

Die Ausschußmitglieder kommen einmütig überein, vom Landtagspräsidenten für den gesamten Ausschuß - ausdrücklich abweichend von § 14 SH AbgG i. V. m. Nr. 7 der

Ausführungsbestimmungen - die Genehmigung zum Besuch der Hannover-Messe 1997 einzuholen.

Nach Klärung der Frage der Zuständigkeit für den Bereich Fremdenverkehr zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern soll die Abstimmung über den Besuch der Tourismusbörse in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses erfolgen.

Abg. Rodust spricht sich dafür aus, in Zukunft Sitzungen des Wirtschaftsausschusses auch außerhalb des Parlamentssitzes abzuhalten. Als erster Außentermin würde sich aus ihrer Sicht ein Besuch bei den Bayer-Werken in Brunsbüttel anbieten. - Ein Beschluß wird hierüber noch nicht gefaßt.

Auf eine Frage von Abg. Kayenburg antwortet M Steinbrück, daß Fahrradbeauftragter MR Wannek sei und daß in seinen Zuständigkeitsbereich alles das falle, was mit Radwegebau zu tun habe.

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, schließt die Sitzung um 12.00 Uhr.

gez. Schmitz-Hübsch
Vorsitzende

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer

Anwesende Abgeordnete

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)
Klaus-Dieter Müller (SPD)
Helmut Plüschau (SPD)
Ulrike Rodust (SPD)
Bernd Schröder (SPD)
Gero Storjohann (CDU)
Silke Hars (CDU)
Martin Kayenburg (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F. D.P.)

Vorsitzende
in Vertretung von Birgit Küstner

in Vertretung von Uwe Eichelberg

Heinz Maurus (CDU)

Landtagsverwaltung

MR Manfred Neil